

Bezugspreis
für jede monatlich drei Malige
Ausgabe 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 1 Pf. Beilagen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amt. Zeitungser-
zeichnis unter Code-Zeitung ein-
getragen. Für unentgeltlich einge-
gangene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Sozial-Zeitung“ ge-
statet. Schriftl. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4608.

Morgen-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeige
werden 2. 86 Pf. 34 mm br. Milli-
metrie oder deren Raum mit
20 Pf. berechn. u. in unseren An-
zeigenstellen u. allen Anzeigen-
stellen angenommen. Reflektoren
die 92 mm br. Millimetrie 60 Pf.
Anzeigen-Ansatzsch. 100 Pf.
11 Pf. für die Sonntags-Dr. 20 Pf.
1 Pf. Abschlüssen, sonst ge-
wöhnlich. Die Anzeigen werden
Erstausgabe: Halle. Erstausgabe
10 Pf. 2. Mal, Sonntags 1 mal. 2. Mal
1 Pf. u. Haupt-Veröffentlichung: Halle,
Hans Promenade 11. Dr. Braun
bucht. 17. Heben-Geschäft. 1. 11.
1. 11. 11. 11. 11. 11. 11. 11. 11. 11.

Nr. 381.

Halle, Sonnabend, den 16. August.

1919.

Ebert über die Kriegsgefangenen.

Verbreitung des offenen Briefes der deutschen Frauen durch Funkpruch in die ganze Welt.

Ebert an die deutschen Frauen.

Antwort auf den offenen Brief.

WTB. Berlin, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Auf den offenen Brief des Bundes der deutschen Frauen zur Verbreitung der Kriegsgefangenen an den Reichspräsidenten Ebert hat der Herr Präsident mit folgenden Worten geantwortet: Weimar, 15. August 1919. Der von mir gerichtete offene Brief wegen der Freilassung unserer Kriegsgefangenen ist zu meiner Kenntnis gekommen. Das die deutsche Regierung mit allen Mitteln bemüht ist, eine schnelle Freilassung unserer Kriegsgefangenen zu bewirken, werden Sie aus den kürzlich von dem Reichspräsidenten Ebert in ihrem Vorgehen bestätigten Überzeugungen des Reichspräsidenten der Nationalversammlung zu entnehmen können. Die deutschen Frauen dürfen überzeugt sein, daß auch ich mein Bestes an diese Sache setze und die Freilassung in ihrem Vorgehen bestreite habe. Wie schon zwei bisher den gewünschten Erfolg in dieser Frage der einseitigen Menschlichkeit nicht erzielt. Dies wird uns jedoch nicht abhalten, auch weiter auf anderem Wege zu arbeiten. Da in dem offenen Brief ausgesprochen wurde, daß nach einem Vorgehen meinerseits glaube ich nicht besser entsprechen zu können, als das ich den Brief, dessen Worte in eindeutiger und unmittelbarer Weise das elementare Recht der Angehörigen auf die Freilassung ihrer in ihrer Verantwortung stehenden Lieben zum Ausdruck bringen, durch Funkpruch über die Welt, der Entente und den neutralen Regierungen zur Kenntnis gebe. Ges. Ebert.

Die Eidesleistung des Reichspräsidenten

Weimar, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Wie bekannt, wird der Reichspräsident am 20. August vor der Nationalversammlung den Eid auf die Reichsverfassung leisten. Der Reichspräsident wird die Verfassungswahrung, wonach die Nationalversammlung als Reichstag fungieren soll, auf den Einspruch der Nationalversammlung zurückzuführen.

Der Dank Eberts an die Schweiz.

WTB. Bern, 15. August. Schweizerische Depesch-Agentur. Präsident Ebert hat vom Reichspräsidenten Ebert anlässlich des Abtransportes der letzten deutschen Kranken und kranken Soldaten aus der Schweiz ein Telegramm erhalten, worin Reichspräsident Ebert in warmen Worten der Fürsorge der Schweiz für die kranken und verwundeten Soldaten und Gefangenen gedankt und Ebert als Präsidenten des internationalen Komitees vom Roten Kreuz der Schweiz Regierung, den Transport- und Internierungsbehörden, vor allem dem gastfreundlichen Schweizer Volk die herzlichsten Dank der deutschen Regierung und des deutschen Volkes und insbesondere der Internierten selbst für das schöne Werk, das die Schweiz damit ausgeführt hat, auspricht. Solange deutsches Land besteht, werde dieses Werk wahrer Menschlichkeit gepriesen werden. — Bundes-Depesch. Müller antwortete namens des Bundesrates und des Bundespräsidenten Ebert in einem Danktelegramm.

1000 Mark einmalige Beihilfe an Reichsbeamte!

Weitere 200 Mark für jedes Kind.

WTB. Weimar, 15. August. Die Reichsregierung hat heute beschlossen: Es soll vorübergehend die Zustimmung der Nationalversammlung allen Beamten eine einmalige Beihilfungsbeihilfe gewährt werden, und zwar in Höhe von 1000 Mark für kinderlose Eheleute und 600 Mark für ledige. Daneben soll für jedes zu berücksichtigende Kind 200 Mark gezahlt werden. Die Beihilfe ist in zwei gleichen Raten im September und Dezember dieses Jahres fällig. Die Grundzüge über die Gewährung laufender Teuerungszulagen werden dahin geändert, daß die Kinderzulage vom 1. September an einheitlich auf 50 Mark festgesetzt wird. Die anwendenden preussischen Minister haben sich bereit erklärt, eine gleiche Vorlage für die Bundesversammlung dem Staatsministerium zur sofortigen Beschlußfassung zu unterbreiten.

Immer noch Streitgefahr im Eisenbahnbetrieb.

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) In den Kreisen und bei den Eisenbahnen ist man sich klar darüber, daß bei dem Streik schließlich nichts anderes herauskommt, als mehrere Millionen Mark Lohnausfall und kein Pfennig Zulage. Auf der anderen Seite erklären die alten verkehrten Eisenbahner ihre Lage für zu unbeherrschbar, daß sie auf eine Aufbesserung

unter allen Umständen dringen müssen. Der Zentralrat der Arbeiterseite des allgemeinen Eisenbahnerverbandes, der die gesamte Arbeiterschaft vertritt, ist deshalb an den Eisenbahnminister herantretend. Wie wir hören, hat jetzt eine Besprechung im Arbeitsministerium stattgefunden. Den Vertretern des Ministers wurde vom Zentralrat dringend nahegelegt, die Abhilfe zu betreiben. Es bestreite sonst trotz der gemäßigten Richtung im Verband, der gegenwärtig infolge von Liebesläutern aus dem radikalen Lager zu brechen hat, eine Streikaktion für den Herbst. Es seien 150 000 Mann zuviel im Eisenbahnbetriebsriebe, die keine rechte Beschäftigung haben und letztlich aus politischen Gründen in den Stellen belassen würden.

Ergebnislose Verhandlungen in Katowitz

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus dem Reichsjustizministerium ingeteilt wird, kann heute von einem allgemeinen Bergarbeiterstreik in Oberschlesien gesprochen werden. Die Verhandlungen, die in Katowitz geführt werden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt und nehmen einen sehr schleppenden Verlauf.

Die Besetzung Oberschlesiens.

Oppeln, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Gazeta Polska“ meldet: Der Rat der Alliierten beschloß, die Besetzung Oberschlesiens nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika durchzuführen.

Dr. Friedberg an Erzberger.

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Staatsminister a. D. Dr. Friedberg sendet dem „F. Z.“ nachfolgende Zeilen: Von verschiedenen Seiten, so auch von mir, ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Vermögensabgabe dem Zugriff der Entente ausgesetzt sei und deshalb zurecht ihren Zweck, die Abwendung der deutschen Kriegsschuld, nicht erfüllen könne. Reichsfinanzminister Erzberger hat dies zweimal ohne Angabe von Gegenbeweisen bestritten. In seiner letzten Rede lag er wörtlich: Nach dem Friedensvertrag kann und darf der Feind unter keinen Umständen auf irgendeine Einkommensquelle, als auch nicht auf das Reichsmonopol, Zugriff legen. Ich fordere ihn nunmehr öffentlich auf, sich mit folgenden Bestimmungen des Friedensvertrages auseinanderzusetzen: In der Anlage 2 zum Art. 233 § 12 Abs. 1 heißt es wörtlich über die Befugnisse der Wiedergutmachungskommission: In regelmäßiger Wiederkehr schätzt der Ausschuss die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft den deutschen Steuerzustand, und zwar 1. damit alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsdienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmte vorzugsweise, zur Abtragung der Wiedergutmachung verwendet werden; 2. aus die Gewissheit zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso schwer ist, als dasjenige irgendeiner der im Ausschuss vertretenen Völker. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, diese Frage reiflich klargestellt zu sehen.

Ein Weißbuch über die Friedensvorschläge 1917.

WTB. Amsterdam, 15. August. Die englischen Blätter vom 13. melden, daß ein Weißbuch veröffentlicht wurde, das die Korrespondenz, die im Zusammenhang mit der vom Papste im August 1917 gemachten Friedensvorschläge geführt wurde, enthält. Von besonderem Interesse in dem Weißbuch ist das Memorandum, das der britische Gesandte in Wien am 27. April Robert Cecil überreichte. Darin heißt es: „Mr. Wilson tritt mit Ihnen eine Besprechung mitzuteilen und zu erklären, daß er nicht zulassen kann, daß er auf einen Weg geführt werde, von dem der Kaiser ansehend wünscht, daß er ihn beschreitet. Er erwartet, daß die britische Regierung seine Ansicht teilen und dem Großen E. S. S. Instruktionen geben wird, um weitere Verträge des Kardinalstaatssekretärs, die auf eine inoffizielle Intervention zwischen den Kriegführenden hinführen, zu ermutigen.“

In Paris sitzen die Sünder!

WTB. Amsterdam, 15. August. Den englischen Blättern vom 13. August folgend erklärte Churchill in der Unterhausung vom 13. August, das britische Kriegsamt habe wiederholt um die Erlaubnis nachgehakt, die deutschen Kriegsgefangenen heimzujagen zu dürfen. Er betonte sehr, daß es dem Kriegsamt bisher nicht gelungen sei, von dem Obersten Rat die Erlaubnis zu erhalten, mit der Heimjagung der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen.

Der mitteldeutsche Streikbund der Eisenbahner.

Von

M. Höller,

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Bei herrlichem Sonnenschein, unter grünen Blättern hatte die Gewerkschaftsleitung der Eisenbahner des Bundesbezirks Eurt ihren Plenarakt, mehrheitlich umrahmt von großen, weißlich leuchtenden Säulen — hoch die Kaiserrepublik! Hoch die Diktatur des Protektariats! Es lebe der Sozialismus! um — aufrecht, um am 15. Juni 1919 dem Wladislaw, Sozialist, ihre Gedächtnisfeier abzuhalten. Rechte der Beamten darzubringen. Ein gutes alldayes „Ding“ sollte abgehalten werden, die Zeitung sollte Gericht halten über die Verwaltung und deren Organe, wollte endlich die Demokratisierung derselben vornehmen, die ihr angelegentlich verweigert worden war. Man verweigerte die, wie man es in diesem Tage so auch die gesamte Beamtenchaft des Bezirks regerhalten hat. Die von ständiger Sozialismus durchdränkte Rede des Vorsitzenden Wladislaw stellte fest, daß die Eisenbahner noch genau in denselben Positionen und Ketten liegen, wie vor dem 9. November — als ob vorher eine solche Verarmung wohl überhaupthalt hätte stattfinden können! — daß die Säulen der Verwaltung zu Bergen anzuwachsen und daß er Beweise in Wasser habe, so groß, daß er zu ihrem Vorzug Tage brauche. Das hinderte aber nicht, daß man nachher bei der Unterbrechung durch den Staatskommissar einloch nichts wußte und erklärte, man müsse solche erst sammeln. Doch was lagern solche Kleinigkeiten die Größen des Tages, wenn wir durch frühere Zeitpunkte die Massen angegriffen werden und zum Gelingen der ehrgeligen Pläne der Beamten beitragen. Die ganze Veranstaltung war über den Kopf der Gewerkschaftsleitung in Berlin hinweg vorgenommen worden und zwar vorläufig, denn wenn dem Herzen Deutschlands, von unserem schönen Thüringen aus müssen die Früchte der Revolution geteilt werden. Und in einer lebendigen Funktionärsversammlung wurde ausdrücklich angesetzt, von Eurt aus andere gleichgültige Beiräte zu sammeln. Hieraus gründet sich dann wohl der zutreffendste mitteldeutsche Bund, der nur im Geolge haben kann einen Zusammenbruch unseres gesamten Staatswesens und die völlige Vernichtung des Berufsbeamtenstands. Als man mit dem Kommissar des Ministers die Vereinbarungen traf, die dann der Minister, soweit es ihm möglich war, auch erfüllte, hatte man sich bereits auf die Gründung des neuen Streikbundes festgelegt, man trieb also ein Spiel, das sich würdig dem 15. Juni anreihet, ein Verbrechen am Werte und an der ganzen Beamtenchaft.

Die Demokratisierung der Eisenbahnerverwaltung wird und muß kommen, das beweist auch der letzte Erfolg des Ministers, wie auch dessen ganze parlamentarische Vergangenheit. Und wenn dieser Erfolg noch nicht alle Hoffnungen erfüllt, wenn überhaupthalt jede entsprechende Reform der Verwaltung verweigert oder vernichtet wird, so sind gerade solche Vorkommnisse wie am 15. Juni in Eurt und später schuld an dieser Verärgerung. Man soll sich doch sagen, daß jeder Überdynamismus nur die Reaktion häßt. Aber gewisse ehrgeligen Pläne lassen sich eben im Geolge eines Bundes u. a. leichter verwirklichen. Wie ein Eisenbahnerstreik zur Zeit seit auf die Allgemeinheit und auf die Beamten naturgemäß wirken muß, welche schwere Schuld die Verantwortlichen eines solchen auf sich laden, ist auch diesen Elementen nur zu gut bekannt, aber im Trüben läßt sich besser fishen. Der Beamtenstreik können die Folgen derartig unverantwortlicher Treibereien nicht einbringlich genug und nicht oft genug vor Augen erhalten werden, sie sind nur geeignet, die reaktionären Parteien in ihrem Verbleiben, die Eisenbahnerbeamtenchaft irgendeinen Annahmehinrichtungen zu unterwerfen, zu führen. Ein Schwärzung am Körper, will derlei wieder gelingen, muß entfernt werden; Vernunft und Einsicht war der Beamtenchaft nie notwendiger als jetzt.

Nun soll es nach einer nicht ganz formrichtigen Erklärung der Bundesgewerkschaftsleitung Eurt die ganze Reichsseite sein. Diese Vorgangheit — 15. Juni — und die Anregung, daß die Bewegung von Thüringen ausgehen muß, läßt aber über die Richtigkeit dieser Zweifel zu. Wenn jetzt nicht daran gedacht wird, über den Kopf der gesamten Gewerkschaftsleitung hinweg einen Streik zu organisieren, so sei daran erinnert, daß man sich am 15. Juni und bei dem folgenden Leitfaden mit solchen Kleinigkeiten nicht abgeben hat, hier hat man von denselben Leuten ohne weiteres über den Kopf der Leitung hinweg gehandelt. Ferner ist die einheitliche Durchbildung der Organisation einer Gewerkschaftsleitung Sache der Hauptleitung, keinesfalls der einzelnen Bezirke, die sich zu diesem Zwecke wieder besonders zusammenzuschließen müßten. Das Demoralisieren der Gewerkschaftsleitung erscheint mir daher als ein glatter Betrug der Richtigkeit — was hat a. B. die Festlegung eines bestimmten Datums für einen besonderen Zweck — der Richtigkeit, und die Einsicht ist anhängend erst gekommen, als die Felle durch das zu

früherzeitige Bekanntheit der Nachricht fortgeschritten sind. Reformen, die sich auf Putsch gründen, Freiheit, die nur geeignet sind, an den Grundrissen des Berufsbeamten zu rütteln und das Reichertum von früher durch ein noch viel schlimmeres Schmarotertum zu ersetzen, muß die Parteienhaft verlohnen ablehnen, als gefährlicher Bestandteil des Volkes, kann sie auch nur in einem auf gesetzlicher Grundlage sich befindenden Staatswesens leben und sich weiter entwickeln.

Politische Pflicht.

In einer „Ansprache“ über „Politische Pflicht“, die D. Friedrich Kaumann in der neuesten Nummer der „Stille“ veröffentlicht, wird mit bezeichnenden Worten auseinandergesetzt, welche Pflichten der „Bürger“ von heute gegenüber dem „Antiker“ von gestern hat. Es heißt da:

„Reineswegs ist es nötig, daß jeder ein Redner wird oder ein Zeitungsredakteur. Auch ist es nicht erforderlich, daß jeder ein Amt in der Partei oder in der Gemeinde erstrebt. Die Fülle des politischen Geschehens ist nicht ohne weiteres ein Zeichen von Kraft. Das aber ist nötig, daß jeder einen politischen Parteilichheit sucht, denn der Apathie gegenüber ist an sich unpolitisch, weil Staatsbildung eine Gemeinschaftsarbeit ist. Wer nicht irgendwo mitarbeitet, lernt die Politik nie verstehen. Denn Politik ist eine praktische Kunst, ist kein bloßes Diskutieren. Du mußt an irgendeiner Stelle etwas Bestimmtes durchsetzen wollen, um auch nur den Anfang politischer Tätigkeit in die selber zu führen. Als höherer Zustand liebt es zu verstehen, was in der Welt, und nicht nur in der eigenen Partei, vor sich geht, und als kommt die fremde und verworren vor. Gehe in deinen Kreis, in den kleinen bescheidenen Bereich deines Bezirks, setze dich dort unter die Menge der dreißig Männer und Frauen. So klein euer freiwilliges Bezirksparlament ist, so kann es die Brunnenscheube bedeutender Entscheidung sein, wenn ihr nur eure Sache selber ernst nehmt. Alle großen Bewegungen: liegen in einer Ecke an.“

Der angegebene Staatsbürger ist ein ungenügender Kontrolleur der Staatsbeamten, beurteilt sie ohne Sachkenntnis, denkt nur an sich und nicht an alle. Um es kurz zu sagen: wenn wir Republikaner sein wollen, müssen wir ein anderes Bildungsideal haben als bisher. Von Untertanen verlangt man keine Staatskenntnis, aber von Bürgern. Der Untertan muß Steuern, gehorcht und spielt Klavier oder Golf, der Bürger braucht noch etwas mehr! Ihr müßt Bürger sein, das heißt: Wissende, Mitdenkende, Helfende! Ihr werdet den Inhalt eures eigenen Lebens überdenken, wenn ihr eure öffentliche Pflicht in ihrer Größe erkennt und übernimmt, und Deutschland wird besser blühen, wenn es sich zur tatkräftigen Demokratie entwickelt.“

Volkserziehung.

In Heftenform überschreibt das hiesige Organ des schmutzigen Antisemitismus seine politische Morosenummer: „Jüdische Unruhen in Berlin.“ In einer dieser entlohen weitverbreiteten Uebersicht heißt es dann weiter: „Eine jüdische „Dame“ steuert einen deutschen Heilungsanstalt.“ Jüdische „Herren“ wanden deutschjüdische Flugblätter und rufen Kräftegenossen auf der Straße herbei. „Jüdische Straßenkämpfe zwischen Juden und Deutschen.“ „Militär zur Wiederherstellung der Ordnung.“ Wenn man dann die Lesarten liest, die hier schändlichen Volkserziehung (aber ist es Schmeichelei Sentiments?) zu Grunde liegen, dann schüttelt man verwundert den Kopf und stellt sich die Frage: Ist denn heute noch eine derartige Volkserziehung möglich? Kann es etwas Schamloseres als dies alles Treiben in einem Zeitpunkt, wo wir alle Kräfte auszuheben haben, um zu einem gelunden Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu kommen? Fürward, das Organ des schmutzigen Antisemitismus, die „Jüdische Zeitung“, das gewiß schon manche schmeichele Lesarten vollbracht, die neue Lesarten stellt allem die Krone an!

Wir vermögen nicht nachzuweisen, ob in der Tat eine deutsche Dame jüdischer Konfession einen Deutschen ärztlicher Konfession oder freierreligiöser Genossenschaft beibringt, auch nicht, ob in der Tat „deutschjüdische“ Flugblätter zerstreut worden sind. Werden die Angaben auf Wahrheit, dann wird man sie selbstverständlich in der jüdischen Presse verurteilen müssen und man kann nur hoffen, daß die Hebelkräfte einer zermürbenden Bestrafung entgegen gehen. Berichtigungen aber die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie selbst das Blatt des schmutzigen Antisemitismus schärfert, zu einer derartigen Bestrafung? Aber die richtigen Ueberschriften des Blattes liest, muß glauben, daß das Blut in Straßen geflossen ist! Wir wiederholen: Nichts liegt uns so fern, als etwaige Uebersicht zu nur verzeichnen zu wollen. Wir leben aus nur gewonnen, gegen eine solche Volkserziehung zu wüßere Art in der härtesten Form zu protestieren. Selbst die dem höchsten Antisemitendat geignungswürdigen Berliner Blätter haben Gehmaß genug bezeugt, daß von einer so schamlos ausgeübten Sentimentschmeichelei zu halten. Die in Halle fast das offenbar andere gehalten werden! Das Blatt glaubt jedenfalls, sich mit seinen Ueben erträglichster Volkserziehung Gefährte machen zu können. Ober glaubt das Organ, das den „Juden“ der Deutschnationalen Parteipartei dienen will, durch eine derartige verabschiedende Besetzung etwa die Sünden der eigenen Parteifreunde verdecken zu können? Das wäre ein verhängnisvoller Fehler: Keine noch so grobe und rücksichtslose Tubenhebe kann die große Schuld der „Deutschnationalen“ dem deutschen Volke aus der Welt schaffen!

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Kundgabe des Reichsanwaltes in Saxothien.

WTB. Berlin, 15. August. (Druckschreiberei.) Der Reichsanwalter hat die Kundgebung der Post und Telegraphengebühren ohne wesentliche Veränderung an.

Dem englischen Eisenbahnstreik.

WTB. Amsterdam, 15. August. Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß sich die Streitkräfte wegen der Fortsetzung des Eisenbahnstreiks nicht wieder versöhnt hat. Die Gefahr, daß neue Streiks der Eisenbahngesellschaften ausbrechen, ist jedoch nicht groß.

Kleine Anfragen in der Nationalversammlung.

Erzberger und der Rücktritt des Herrn von Rosenberg. — Wie vermehrt Deutschland seine Kohlenproduktion? — Reform des Knappschaftswesens.

WTB. Weimar, 15. August. 80. Sitzung. Präsident Fehrbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Abg. von Gräfe (Dn.) fragt an, ob die Reichsregierung gewillt und bereit sei, das gesammelte Anlagematerial über die schlechte Behandlung deutscher Kriegsgefangener,

soweit es einwandfrei feststeht, bestmöglich und möglichst noch vor Eintreffen der Auslieferungsliste der Feinde in ganzer Vollständigkeit zu veröffentlichen.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß bereits eingehende Verhältnisse über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in französischer und ebenso in englischer Gefangenschaft existieren seien. Den Veröffentlichungen liegen amtliches Material zugrunde. Den Zeitpunkt zur Veröffentlichung weiteren Materials behalte sich die Regierung vor.

Abg. Dufche (D. Vot.) fragt an: Nachdem das Besitzvermögen zu Hankenhein in Thüringen von einem zur Erneuerung seiner früheren Handelsbeziehungen nach Kopenhagen reisenden Kaufmann

die Hinterlegung seines halben Vermögens

für die Ausstellung des Ausnahmepasses verlangt habe, was die Reichsregierung zu dem gebotenen gegenwärtigen Einschränkungen länger Ausnahmepassen

Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium Moeske: Die Ertelung von Ausnahmepässen richtet sich nach dem Fall zu Fall nach den persönlichen Verhältnissen des einzelnen. Die Behörden haben aber die Erfahrung gemacht, daß mehrfach Reisende, die den Pass nur zu einem vorübergehenden Aufenthalt im Auslande haben wollten, nicht mehr zurückkehrten. (Sehr richtig!) Wenn Mitreisende auch gerechtfertigt erscheinen, so darf aber bereits vorausgesetzt werden, daß durch die Sicherheitsvorschriften nicht solchen Personen Schwierigkeiten bereitet werden, für die ihr Vermögen und ihr Kapital bürgerlich kann. Sollte in einzelnen Fällen diesem Gesichtspunkt nicht genügend Rechnung getragen werden, so ist Beschwerde bei den Landesbehörden einzulegen. Der Vortrag liegt aber beim Reich.

Abg. Schiele (Dn.) fragt an, ob der Reichsregierung die ihr Ansehen schwer schädigenden Behauptungen der Presse über die Gründe des Abschiedes des Leiters der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von Rosenberg bekannt, und ob sie bereit sei, der Nationalversammlung mitzuteilen, ob von Rosenberg in der Tat seinen Abschied genommen habe, weil er die

Darstellung des Finanzministers Erzberger als

nachteilswidrig

nicht für zulässig gehalten habe. Reichsminister des Auswärtigen Müller: Die Reichsregierung lehnt es grundsätzlich ab, über die Gründe Auskunft zu erteilen, welche einzelne Beamte veranlassen, um ihren Abschied einzukommen. Von diesem Grundsatze kann im Falle Rosenberg nicht abgewichen werden, wo bereits am 29. Juni der Antrag auf Dienstentlassung gestellt und am 29. Juli wieder angenommen ist.

Abg. Schiele fragt ergänzend an: Ist der Reichsregierung bekannt, daß von Rosenberg allerdings seinen Abschied zum ersten Male nach der Friedensunterzeichnung einkreihte, aber auf den ihm ausgesprochenen dringenden Wunsch, Erlaß zu vermeiden, ihn zurückzog, daß er dann nach dem angeblichen Entschlusse des Reichsfinanzministers Erzbergers vom 25. Juli ungesäumt nach Weimar gereist ist und

annmehr auf sofortige Ermäßigung seines

Wahldeses drang.

weil er als Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes den öffentlichen Gebrauch von Aktien, die seinem Restort entnommen waren, für eine der Wahrheit, nicht entsprechende Darstellung durch den Minister nicht mit seinem Verantwortlichkeitsgefühl verbinden zu können glaubte.

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Der Herr Abgeordnete hat sich sehr zu äußern, daß ich in meiner Antwort mitteilte, daß die Regierung beratige Auskünfte gumblich ertheile. Damit ist auch die zweite Anfrage erledigt. (Lachen rechts, Unruhe.)

Den mündlichen Bericht des ersten Ausschusses über den

Entwurf eines Raponsteuergesetzes

Abg. Solmann (So.): Die Ansehungsberatung hat einen negativen Ausgang genommen. Die Notwendigkeit baldiger und möglichst umfangreicher Aufhebung der bestehenden Raponbeschränkungen trat durchaus in den Vordergrund der Beratung. Die Vertreter der Regierung haben einen bedauerlichen Gehelntwurf angeknüpft, drängten aber auf sofortige Berücksichtigung des Entwurfes. Der Ausschuß hat sich dem nicht angeschlossen, sondern besteht auf der unangenehmen Ausarbeitung des oberpolitischen Gesetzes und schlägt dem Hause vor, zu beschließen, den Entwurf zurückzuziehen und die Reichsregierung zu eruchen, schleunigst einen Gehelntwurf vorzulegen, der das von Raponbeschränkungen freiernde Gelände in dem erforderlichen Umfange der Subventionation enthält, und die ausstehende Möglichkeit bietet, das Gelände zu gemeinnütziger Zweck in Gemeinbesitz überzuführen.

Ohne Erörterung wird demgemäß beschlossen. Der Antrag (Dn. So.) — Gröber (Str.) auf Annahme eines Gehelntwurfes über die Bodenbesitz und Wohnbesitzer

wird auf Verlangen des Präsidenten ohne Erörterung dem sozialpolitischen Ausschusse überwiesen.

Es folgt die Interpretation der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, betreffend den

Rückgang in der Kohlenförderung.

Mit der Interpellation verbunden wird die Beratung des Gehelntwurfes wegen Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 28. März 1919. Durch diese Vorlage wird der Staatenausgleich ermächtigt, die Mitgliederzahl des Reichskohlenrates und die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Gruppen abzuändern. Die Errichtung des Reichskohlenrates hat spätestens zum 20. September 1919 zu erfolgen.

Abg. Dr. Hugenberg (Dn.): Gemeinlich muß nach den Mitteln zur Verbilligung des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs gefordert werden. Der gegenwärtige Notstand

fällt in einem Moment, wo alles darauf ankommt, ob der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands gelingt. Bereits ist dieser Zustand seinen lähmenden Einfluß auf das ganze deutsche Wirtschaftsleben. Schon hört man, daß die europäische Kohlenkommission in aller Eile darauf bestehen will, daß Deutschland seine Verpflichtungen bezüglich der Kohlenlieferung an die Entente erfüllt. Hoffentlich werden es die Alliierten nicht für durch die Umstände geboten erachten.

Das Ruhrkohlengebiet

zu besetzen. Umso mehr ist es Pflicht aller beteiligten Vorkämpfer, alles aufzubieten, um das Aufheben zu verhüten. Eine große Rolle spielt im Ruhrgebiet die Ernährungsfrage. Es muß alles getan werden, um der brennendsten Bevölkerung die zum Ausleben der bisherigen Unterernährung nötigen Lebensmittel zuzuführen. Für die Gesteuerung der Eisenbahnen zur Abfuhr der Kohlen liegt die Gefahr in der Zukunft, wenn die Rübenernte und die Kartoffelernte kommt, und vor allen Dingen der Spedition der Eisenbahnverwaltung, der Frost. Wirksam würde

eine Vermehrung der Häuser,

der gelernten Bergleute, sein. Um übrigen müßten 20–30 000 ungelernete Arbeiter dem Bergbau wieder zugeführt werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Leistungen, solange Lohnstreitigkeiten schweben, die Arbeitsgemeinschaft hat getan was in ihrer Kraft stand, um solche Streitigkeiten zu verhindern bzw. aus der Welt zu schaffen. Gelingt es, die Förderung zu heben und die erhöhte Förderung abzuführen, so wird sich, falls uns nicht im letzten Moment

die Entente einen Streich durch die Rechnung macht,

wenigstens der Notstand des letzten Winters erheblich mindern lassen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Eine Kohlennot herrscht allgemein in ganz Europa. Die Ursache dieser Kohlennot, der Rückgang der Förderung, ist meiner Ansicht nach im wesentlichen eine Nachwirkung des Krieges. Es hat im Kriege durchweg eine übermäßige Anspannung sowohl der Bergwerksbetriebsleistungen wie der Bergarbeiter hineingetragen. Für uns in Deutschland kommt dazu, daß wir wichtige Kohlenproduktionsstätten verloren haben und auf der anderen Seite uns Lieferungen an die Entente aufzuwenden worden sind, daß es kaum möglich sein wird, das Abfließen auszuweichen. Der Verbrauch an Kohlen ist schon soweit eingeschränkt,

daß weitere Einschränkungen nahezu undenkbar sind,

wenn nicht die schwersten wirtschaftlichen Nachteile eintreten sollten. Zweifelhaft ist man den Eindruck, daß bestimmte Arbeitergruppen streiken,

um so damit ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen.

Die Arbeiterfrage muß einsehen lernen, daß man in einer solchen Zeit selbstgewordene Grundzüge im Interesse des Gemeinwohles zur Übertreibung nicht übersteigern darf. (Beifall.)

Die Arbeiterfrage muß einsehen lernen, daß man in einer solchen Zeit selbstgewordene Grundzüge im Interesse des Gemeinwohles zur Übertreibung nicht übersteigern darf. (Beifall.)

Die Arbeiterfrage muß einsehen lernen, daß man in einer solchen Zeit selbstgewordene Grundzüge im Interesse des Gemeinwohles zur Übertreibung nicht übersteigern darf. (Beifall.)

Die Arbeiterfrage muß einsehen lernen, daß man in einer solchen Zeit selbstgewordene Grundzüge im Interesse des Gemeinwohles zur Übertreibung nicht übersteigern darf. (Beifall.)

Wichtigkeit der Wohnungsfrage

ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar, aber eine augenblickliche Hilfe wird durch die für ihre Lösung demütigen Mittel in der Kohlenlieferung nicht herbeigeführt. Nicht so unangenehm, wie im Steinbohlenbergbau, steht es mit der Förderung im Braunkohlenbergbau. Hier ist auch eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelernerter Arbeiter. Es ist nicht gelungen, die Arbeiterfrage wegen der Interpellation, trotzdem es ein so ausgezeichnetes Kennzeichen der Bergbau ist, nur sehr wenig Anknüpfungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir nun die betrüßliche Tatsache feststellen, daß die Arbeiterfrage sich vom Bergbau abblende. Namentlich im Steinbohlenbergbau ist eine Zunahme der Beschäftigung nicht festzustellen. Die Regierung unterliegt gegenüber, wie weit es möglich ist, die Arbeiterfrage in vermehrtem Umfange nach dem Ruhrkohlengebiet, dem wichtigsten, hinauszuweisen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsamen Küche, bessere Fütterung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Die

Unterhaltungsbeilage
man lieber zur Fortsetzung anfordern. Er wurde in
eure als beizubehalten (zum Beispiel in Staaten und Gesehen
sind auch in Altpreien und Gesehen benutzt. Eine
Entwicklung erfolgte vermuthlich aus der Gesehe. Sehr
In unirenen Tagen ist das kein unangenehm
fußbetr worden, in welchem man sich
zu man nicht mehr, auch der Arbeiterwelt

und durchgreifende Maßnahmen für eine erhebliche Erhöhung der Kohlerzeugung und für ihre regelmäßigen Abtransport fordert. Vornehmlich werden empfohlen: Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, bessere Ernährung der Bergarbeiter und bessere Versorgung mit Berufskleidung und Schuhzeug, Abschluß von Tarifverträgen, ein Höchstberglohn, Heranziehung der Betriebsräte zur Mitarbeit und Kontrolle, Erhöhung der Knappheitsrenten, Entlass eines Reichs-Knappheitsgesetzes, Vermehrung der Arbeitskräfte, Abschaffung und großzügige Beschaffung von Wohnungen unter Gewährung von Arbeitslohn, vorwiegende Beteiligungen der Bergarbeiter, Kohlereisen und Breitflächentriebe mit Arbeitsmaschinen und Geräten, möglichst vollständige Ausnutzung aller Betriebsanlagen, Einlegung des zwei vollen Fördererhöhen, stärkere Befestigung der mächtigeren Flöße, regelmäßige Stellung von Eisenbahnwagen Durchführung der Sozialfürsorge.

Hg. Gne (Soz.): Den Gesetzentwurf zur Kostentilgung können wir wohl ohne Kommissionsberatung annehmen. Das jetzige Problem hat mit Staatsformen, mit sozialpolitischen Wirtschaftsformen nichts zu tun. Es hat sich aufgebaut auf natürlichen technischen Umständen und ist schon während des Krieges gefährdend in die Erscheinung getreten. Es ist ein gefährlicher Fehler zu glauben, daß die Kohlennot das Ergebnis der revolutionären Umwälzung des vorigen Novembers sei. Nur kein Druck, kein Zwang, sondern gutes Zureden

und vor allem gutes Essen!

Redner schließt mit einer dringenden Mahnung zur Sozialisierung und mit der Aufforderung an die Unternehmerrchaft, die nutzlose Agitation dagegen zu unterlassen. (Beifall.)

Hg. Jambusch (Ztr.): Der Mangel der Kohlenförderung ist eine internationale Erscheinung, die sich in erster Linie auf die Kriegsverhältnisse gründet. Eine große Rolle spielt ferner die allgemeine Murrage und Lärsherei.

Die Arbeiter haben keine Lust, sich beim Gange zur Arbeit tollkühnen zu lassen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat keineswegs unter allen Umständen eine Herabminderung der Leistungen zur Folge. Und das wird auch hier eintreten, sobald die Einrichtungen und die Arbeiter sich darauf eingestellt haben. (Zuruf rechts: Unmöglich! Illusion!) Ein weiterer Grund ist das Sinken der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsfreudigkeit infolge des Raubbaus, der an der Kraft des Arbeiters während des Krieges getrieben worden ist infolge der schlechten Ernährung. Nicht zuletzt auch infolge der ungerechten und unwürdigen Behandlung. Um Abhilfe zu schaffen, sind vor allen Dingen notwendig ausdehnend hohe Löhne. Durch rücksichtsvollere Behandlung der Bergarbeiter und gütigere Gestaltung der Renten wäre manches gewonnen. Ich richte an die Bergarbeiter den Ruf, noch einmal ihre ganze Kraft zusammenzureißen, um unser Wirtschaftskrisen vor dem Zusammenbruch zu bewahren. (Beifall.)

Hg. Hegler (Dem.): Dem Gesetzentwurf stimmen meine Kollegen und Freunde zu. Die Wahrheit, daß die Kohlenversorgung in allerhöchster Zeit in ganz neue Bahnen gelenkt werden muß, findet noch längst nicht überall Beachtung. Die Interpellanten sollen sich darüber klar sein, daß sie selbst den Kriegen der augenblicklichen Notlage nicht fernstehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat nicht in dem behaupteten Maße zur Minderung der Leistungen geführt.

Hauptgrund an der Notlage trägt die systematische Verbesung.

die aus politischen Gründen unter den Bergarbeitern betrieben worden ist. (Zustimmung.)

Hg. Hegler (D.M.): Welcheicht empfindet es sich, der Arbeiterschaft jeden zweiten Sonntagabend vollständig frei zu geben, dafür aber wieder acht Stunden zu arbeiten. Das gäbe eine Mehrförderung von 9-10 Millionen Tonnen jährlich. Die Staatsautorität muß sich in jedem Falle kräftig durchzusetzen versuchen. Abgeben von technischen Neuerungen würde die Reichswirtschaft gut tun, sich von der Beeinflussung durch die Politik loszumachen und den Reichswirtschaftsrat zu berufen. Die Nationalversammlung hat politisch außerordentlich viel gearbeitet; wie wenig sie aber wirtschaftlich leistete, ist ersichtlich. (Zustimmung.)

Reichswirtschaftsminister Schmidt: In meinem Ministerium sind bereits Vorarbeiten im Gange, um einen Reichswirtschaftsrat auf ganz freier Grundlage, vorläufig ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung, zu schaffen.

Hg. Aenesen (U.S.): Es muß, schon um die Zahl der Arbeitslosen,

die nächsten drei Millionen betragen wird, zu beschäftigen, schleunigst an eine Umorganisation des Wirtschaftslebens im Sinne des Sozialismus gegangen werden. Die Regierung steht noch auf dem alten Rechtsfundament. Auch Herr Schmidt hat keine andere Methode der Behandlung der Arbeiter. Wo bleibt die Anwesenheit der politischen Führung? Auch beim Nationalarbeiterkongress hat sich die Regierung nicht bereit finden lassen, durch Verhandlungen zur Schlichtung beizutragen. Reichsarbeitsminister Schilde: Ich habe mit einer Abordnung der Kaliberarbeiter verhandelt, konnte ihnen allerdings dabei keinen anderen Rat geben, als sich an den betreffenden Tarifvertrag zu halten. Die Kaliberarbeiter traten darauf in den Streik und verlangten nun abermals von mir Verhandlungen. Das habe ich allerdings abgelehnt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Ich habe mit den Bergarbeitern im April nicht verhandeln können, weil von den Streikführern einfach die Parole ausgegeben worden war: Nicht verhandeln, sondern handeln!

In seinem Schlußwort spricht **Hg. Wamm (Deutschrad),** seine Befriedigung aus, daß sich angesichts der drohenden Katastrophe eine Front gegenüber über Jambusch bis Hg. abgeben natürlich von Unabhängigen, zu bilden im Begriff sei. Damit schließt die Diskussion. Am 1. April 1920 wird unter Ablehnung von Abänderungsanträgen der Unabhängigen angenommen, daß die Entschärfung der Reichsregierung, wonach die Nationalversammlung an die Regierung und an alle beteiligten

Faktoren die dringende Aufforderung richtet, alles aufzubieten, um eine Erhöhung der Förderung im deutschen Kohlenbergbau, von der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bis zur äußersten Grenze, sowie die Hebung größter Sparmaßnahmen im Verbrauch von Brennstoffen herbeizuführen. Nur so könne das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft vor dem neuen nationalen Unheil befreit werden, das mit dem Verlagen der Kohlenlieferung im kommenden Winter unheilbar über uns hereinbrechen würde.

18. Sitzung Sonnabend 9 Uhr (3. Beratung der Kriegsgesetze und der Steuerentwürfe). Schluß 9 Uhr 40 Minuten.

Bildung eines demokratischen Kabinetts in Ungarn.

Wien, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Die Verhandlungen über die Bildung eines Koalitionsministeriums in Ungarn sind heute so weit vorgeschritten, daß der Eintritt der Sozialdemokraten in das Ministerium wahrscheinlich geworden ist. In den Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Führer Garami hat dieser die Bedingung gestellt, daß die Wahlen in die Nationalversammlung unbeeinträchtigt stattfinden müssen und daß daher auch der Bildung des Kabinetts die Verweigerung des Erzeugnisses festgesetzt nicht mehr fortzusetzen könne. Der Erzeuger erklärte, daß er nach der Verabschiedung des entsprechenden Ministeriums erwidern werde, ob er sich nicht vom politischen Standpunkt herziehen wolle. Das Präsidium in der neuen Regierung führte der Vizepräsident der Bundeshandelskammer, der Großkaufmann Heinrich, übernahmen. Seitens der Sozialisten sollen Garami, Peibl und Pauer in das Ministerium eintreten. Das Kabinet soll ein streng demokratisches Geringe tragen. Den ersten Programmpunkt bildet die Durchführung der Wahl zur Nationalversammlung auf Grund eines freien Wahlrechts und die Annäherung der Friedensverhandlungen.

Veröffentlichung der Akten über den österreichisch-serbischen Konflikt.

Wien, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß Frankreich nunmehr die Veröffentlichung der Akten über den österreichisch-serbischen Konflikt im Sommer 1914 vorbereitet, um damit die Schuldfrage am Weltkrieg vor den Völkern festzustellen. Auch die der deutschen Botschaft in Wien in den Juli 1914 zugegangenen Häftbriefe der Deutschen der kaiserlichen Regierung, die entziffert wurden, sollen in der Veröffentlichung enthalten sein.

Ein demokratischer Antrag zur Aufhebung der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

- W.B. Weimer, 15. August.** (Drahtnachricht.) Der Nationalversammlung ist heute ein demokratischer Antrag vorgelegt, wonach die Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft in folgenden Sinne in die Wege zu setzen:
1. Bewirtschaftung des Getreides ist auf Weizen beschränkt.
 2. Fleisch und Milch sind nur noch in der Höhe des Bedarfs für Kranke und Kinder zu bewirtschaften.
 3. Ebenfalls ist die Zwangswirtschaft für Kartoffeln im Falle einer ersten Ernte aufzuheben. Auf jeden Fall sind Unbesetzte mit einer Ackerflächenschnittlinie unter 2 Hektar von der Zwangsbewirtschaftung zu entlassen.
 4. Die Zwangswirtschaft für alle sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist sofort aufzuheben.
 5. Die Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind unter Berücksichtigung der wichtigsten Gesetze und Verbrauchsgüter, sowie der Wechselkurse anzuheben zu gestalten.

Festsetzung der deutschen Grenzen am 1. April 1920

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Londoner „Times“ berichtet aus Paris: Der Rat der Alliierten einigte sich dahin, daß die Festsetzung der neuen deutschen Grenzen bis zum 1. April 1920 durchgeführt werden soll. Bis dahin sollen alle erforderlichen Volksabstimmungen in den zur Abstimmung bestimmten Gebieten ausgeführt sein.

Ämtliche tschechische Erklärung zum Einbruch.

W.B. Berlin, 15. August. Zu dem Einbruch in das deutsch-tschechische Konflikt in Berlin teilt die tschechische Vertretung amtlich mit, daß entgegen den ergebnislosen Protestationen weder die Vertretungsbehörde noch der ämtliche Leiter Josef Hurta an der Angelegenheit beteiligt sind. Die Schuldfrage zu lösen liegt in den Händen der Berliner Kriminalpolizei, deren Ergebnis abgewartet werden muß.

Zur mexikanischen Frage.

Haag, 15. August. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Washington gemeldet wird, ist die Warnung der Vereinigten Staaten an die mexikanische Regierung erster zu nehmen, als die offiziellen Zeitungsnachrichten durchdringen lassen wollen. In der Note an Carranza wird ausdrücklich betont, daß die Vereinigten Staaten ihre Politik nach dem Ansprechen der mexikanischen Behörden einrichten würden.

Deutsches Reich.

Die Kolonialpolitik als die Reichsregierung.
Die Deutsche Kolonialpolitik hat nachstehende Einände an die Reichsregierung zugeht:
Obgleich von Deutschland der größte Teil der Kriegsgesangenen schon längst (10.000) Heimat zurückgeführt werden, schmädeten noch Hunderttausende Deutsche in feindlicher Gefangenschaft. Die allgemeinen Erwägungen um deren baldige Rückführung schließt die Deutsche Kolonialpolitik an und wird besonders darauf hin, daß sich in Gefangenenlagern in Indien und Japan an dem Tausende von Deutschen befinden. In die Heimatland in diesen Ländern für den Deutschen an sich nur unter Beachtung gewisser lokaler Maßnahmen möglich, so ist ein Jahresplan für die Rückführung der Gefangenenlager abgefaßt worden mit der Unterbrechung und Vermeidung von Gesundheits- und Lebensfähigkeit der Internierten.

Die Reichsregierung tritt deshalb die zweifache Verantwortung auf sich, mit allem Nachdruck dahin wirken zu lassen, daß die Rückführung sämtlicher Deutschen aus den Gefangenenlagern in Indien und Japan jetzt in die Wege geleitet wird.

Der laut Kriegsminister?
Bei der letzten Ausbreitung des Reichswehrministeriums für die alten Kriegskräfte Beibehalt, Egidio, Agor, Kriffo und Kurt Bismard, die namentlich zum Abrücken geeignet sind, konnte ein Zufluss auf die eingegangenen Gebote nicht erfüllt werden, da die geborenen Besitzbesitzer noch Anzahl zu nichtig waren. Trotzdem mit den Rekonvaleszenten aus den deutschen Industrie nochmals Gelegenheit gegeben, die Arbeitskräfte für die Reichsbetriebe an dem Abrücken beteiligen, um für die Arbeiterbeschäftigung zu finden und Erleichterungen auf dem Gebiet des Abrückens für die Zukunft zu sammeln. Es besteht die Absicht, auch bezüglich der Ärmsten Schritte zur die Arbeit des Abrückens zu leisten. Die Rekonvaleszenten zu übertragen, daenen das gewonnene Material auf freien Verfügung zu behalten.

Halle und Umgegend.

Halle, den 16. August 1919

Falkmünzer an der Arbeit.

Vor einiger Zeit hatten wir an dieser Stelle mitgeteilt, daß ein taufende Falkmünzer elfzig bei der Fabrikation von Fälschungsmünzen beschäftigt sind. Schon damals gab es nicht weniger als 168 verschiedene Arten von falschen Fälschungsmünzen, jedoch selbst gewogene Beamte die Fälschungen nicht mehr auseinanderhalten können. Inzwischen haben sich die Fälscher auf ein neues Arbeitsgebiet verlegt. Sie falsifizieren mit viel Raffinement Fälschungen von Kriegsanleihen. Sometz bisher beobachtet werden konnte, schießt die Fälschung bisher zuerst darin, daß bei den falsifizierten Fälschungen von Einbürgerungsanleihen der auf dem Fälschungen genannte Betrag von 2,50 in 250 Mk. umgeändert wird. Demzufolge ändern die Fälschungen dann auch den Kriegsanleihebetrag von 100 Mk. in 10000 Mk. Nachdem letzten Sonntag bei der hiesigen Post ein solcher Fälscher ergriffen worden war, wurden am darauf folgenden Montag zwei weitere Scheine dieser Art angehalten. Das einträgliche Geschäft ist die Fälschungen mit jodel Geschick aus, daß selbst Bankbeamte die Fälschung nicht ohne weiteres entdecken, denn einer der bei der Post angehaltenen Fälschungen stammte - von einem hiesigen Bankhau.

Im Interesse der Weisheit bittet die Wohlthätigkeits-Vereinigung Zigarettenförscher-Sammler Zigarettenförscher, handhabbare Zigaretten, Zigarettenbänder, leere Zigarettenförscher, Fälschungen, Zigaretten, Zigaretten und alle Metallteile für falsifiziert zu beschaffen. Über der Hauptzentrale Herr Herrmann, Leipzig, 88, nehmen nach diejenigen Herren, bei denen die Absatz ausstehen, solche Gegenstände an. Selbstwendungen wolle man dort ebenfalls, oder dem Leiter der Vereinigung Kaufmann Reinhold Wämann, Gr. Ulrichstr. 49, übermitteln.

Auf dem Hauptplatz Halle sind alle Vorbereitungen getroffen, um den großen Flugveranstaltungen am kommenden Sonntag ein gutes Gelingen zu verhüten. Die Flugzeuge treffen bereits heute ein, um am Sonntag morgen mit den Jagdflugzeugen beginnen zu können. Der Zutritt wird selbstlos sehr stark sein, denn die Gelegenheit, mit einem Flugzeug einmal Einblick in die Fliegerei zu bekommen und dabei Halle aus der Luft zu sehen, ist für jeden Luftbegeisterten ein höchst wertvolles Erlebnis. Die Verlosung von Flugzeugen für einen Rundflug soll auch dem breiten Publikum die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Flug eröffnen. Jedenfalls steht zu hoffen, daß die Hauptstädte erreicht wird, den Luftverbreitungen allen Kreisen näher zu bringen und die angeheueren Schritte auf diesem Gebiet darzulegen.

Provinzial-Nachrichten.

Blutiger Kampf mit Felddieben.

Bernburg, 15. August. Ein blutiger Zusammenstoß ereignete sich in Althensleben, wo ein hiesiger Reichswachbataillon zur Bekämpfung der umliegenden Felddiebstahl gerufen worden war. Das von dem Bataillon entlassene Kommando wurde aus einem Hause befreit, der befehlige Offizier wurde verwundet. Als daraufhin das Haus geklärt wurde, fiel der Arbeiter Gerlach einer Kugel im Oberarm.

Den Mitteilungen des hiesigen Reichswachbataillons ist folgende zu entnehmen: In den Feldmänteln Althens und Althensleben, der Domäne Wöberitz wurden in letzter Zeit von organisierten Banden jenseitig umlauernde Felder geplündert. Die Gemeindeführer hatten deshalb militärische Hilfe erbeten, und das Bataillon erhielt Befehl, eine Abteilung zu entsenden, die Streiptatrouillen unternehmen sollte. Auf einem Vorkaust wurden ein Offizier und 13 Mann mit einem Wachregiment nach Althensleben entsandt. Als das Kommando dort eintraf, wurde es aus einem Hause befreit, an dem der befehlige Offizier durch einen Schuß in den Arm verwundet wurde. Infolgedessen wurde das Haus mit Wachregimenten besetzt und im Sturm genommen. Hierbei wurde der Arbeiter Gerlach getötet, der der Führer der Unabhängigen in Althensleben war. Genauere Feststellungen haben folgen lassen: Durch die Gemeindeführer sollten drei Männer befreit werden, die sich über der Befehlsstelle mit Handfeuerwaffen besaßen. Der das Militärkommando befehlige Offizier forderte die vier Leute auf, die Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. Darauf erklärte Gerlach, die Reichswehr möge nur kommen; er ist bereit, sie zu empfangen. Das Kommando ging darauf vor, wobei der Offizier einen Schuß in den Arm erhielt. Sie wurden als Mitschuldiger, sowie der Offizier wurde durch das Gerlach getötet, wurde. Als eine Patrouille in das Haus eintraf, fand sie 6. als Leiche vor. - Der Mitschuldiger von Althensleben hatte inzwischen mitgeteilt, daß die beweisste Menge ein drohende Haltung einnehme und daß die Unabhängigen gerade eine Verammlung abhielten. Daraufhin wurden aus Wöberitz weitere 60 Mann mit zwei Wachregimenten zum Althensleben entsandt. Bei ihrem Eintreffen in Althensleben wurde bereits Ruhe eingetreten. Auf einem Erblande war gerade eine Parade mit der Wöberitz befehlige. Das Feld wurde umstellt, und 11 Männer und 2 Frauen, 88 Jahre alter Arbeiter, wurden festgenommen.

Diebstahl, 15. August. (Kammerherr v. Bülau.)

Am Sonntag vormittag ist Rittergutsbesitzer Kammerherr von Bülow auf Dresden aus diesem Land abgereist worden. Der Diebstahl wurde als Mitschuldiger, sowie der Offizier wurde durch das Gerlach getötet, wurde. Als eine Patrouille in das Haus eintraf, fand sie 6. als Leiche vor. - Der Mitschuldiger von Althensleben hatte inzwischen mitgeteilt, daß die beweisste Menge ein drohende Haltung einnehme und daß die Unabhängigen gerade eine Verammlung abhielten. Daraufhin wurden aus Wöberitz weitere 60 Mann mit zwei Wachregimenten zum Althensleben entsandt. Bei ihrem Eintreffen in Althensleben wurde bereits Ruhe eingetreten. Auf einem Erblande war gerade eine Parade mit der Wöberitz befehlige. Das Feld wurde umstellt, und 11 Männer und 2 Frauen, 88 Jahre alter Arbeiter, wurden festgenommen.

Wöberitz, 15. August. (Verfassung eines Raub- und Diebstahl.) Der von Berlin aus wegen Raubmordes an einem hiesigen Lande hiesigen Landwirt Wilhelm Hildebrandt verhaftet worden. Er hat den Mord, sowie andere Verbrechen eingestanden.

Pferdesport.

Rennen in Regensburg. (Wöchner Drahtbericht der Saale-Zeitung.) 2. Donau-Fischrennen. 3699 Mr. Für Dreifährer...

Verchiedenes.

Die Reichstagsabstimmung sollte 96 Karat am Sonntag in Stuttgart, jedoch ohne John und Hüttmann, denen vom Verband wegen Teilnahme an den deutschen Reichstagen...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Entlassung der Kriegsgefangenen und die Devisenfrage.

Aus Berliner Kreisläufen wird gemeldet: Wir haben seit November a. J. die von uns gemachten englischen, französischen, italienischen usw. Kriegsgefangenen entlassen, wodurch unsere...

Die Finanzwerte

Am Donnerstag in Berlin über ordentliche Gemeindefeststellung des Reichs der Vorstände, auch Aufsichtsratsvorsitzender, das der Reichsregierung, welche am 1. August 1919...

neuen Kredit unter günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Die Zinssätze werden bewilligt. Alle diese Bestimmungen ermöglichen die Jahresrechnungen...

Währungsangelegenheiten.

Berlin, 15. August. Bei unendlicher Hillem Gelbheit werden die Währungsangelegenheiten in der Woche an uns weit zu Fortschritte, jedoch nicht auf der ganzen Linie...

Devisenfrage.

Die amtlichen Devisenquoten für den 1. August 1919 sind in der untenstehenden Tabelle in Mark angegeben.

Table with columns: Land, Devisen, Mark, Prozent. Includes entries for Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Norwegen, Schweden, Schweiz, Türkei, Ungarn, USA.

Produktenbericht.

Berlin, 15. August. Im Produktionsbericht zeigte sich wegen des morgigen 15. August beginnenden Jahreswechsels vielerlei Anzeichen für Gefahr, jedoch mit großen Umsätzen in diesem...

Gegen das Jüdischenjoch.

Gegen das Jüdischenjoch. Der Vorstand des Vereins deutscher Jüdischenfabrikanten hat folgende Entschliessung angenommen: In der Weimarer Versammlung...

Preis für die Papierfabrik und Papierwerke in allen Ländern.

Preis für die Papierfabrik und Papierwerke in allen Ländern. Die Ansicht, daß ein weiterer Rückgang der Papierpreise...

Aus der Lebensmittelbranche.

Aus der Lebensmittelbranche. Die H. L. G. E. Deutsche Gelatine-Fabrikanten, Schweinefleisch, haben für das letzte Geschäftsjahr die Dividende auf 8 (i. V. 16) Prozent...

Ausfuhr deutscher Zuckereisenwaren.

Ausfuhr deutscher Zuckereisenwaren. In diesem Jahre sind bereits beträchtliche Mengen deutscher Zuckereisenwaren nach Amerika verkauft worden...

richten über bedeutende Erfolge im Sumierid, daß die Erwartungen als übertrieben besichtigt werden müßten...

Reichte Besserung in der deutschen Sozialökonomie. Nachdem wieder eine gewisse Rohstoffknappheit aufgetreten...

Aus der Niederländischen Brauindustrie. Die Produktion der Niederländischen Brauindustrie hat sich...

Die erste Automobilfabrik in Japan. In Japan ist eine Automobilfabrik als erste Automobilfabrik eingetragen worden...

WTB. Tiefbau- und Kalksteinwerke. Der Jahresabschluss weist nach, daß die Produktion von 247 717 Mr. einen Verlust von 543 928 Mr. aufwies...

Wiederholte Webers in 3 bzw. 1. G. Der Aufsichtsrat bringt für das am 30. April abgelaufene Geschäftsjahr 1918/19 die Verteilung einer Dividende von 16 Proz. gegen 20 Proz. a. V. in Vorschlag.

Die erste Eisenwerke-Entscheidung mit einer sehr eigenartigen Tagesordnung beruht der Aufsichtsratsvorsitzenden der 'Eisen- und Stahlwerke'...

Berliner Börse

Vom 15. August 1919. (Telegramm.)

Table of stock market prices for Eisenbahn-Aktien, Schiffahrts-Aktien, Bank-Aktionen, and Indus-rie-Aktionen. Lists various companies and their share prices.

L. Schönlicht, Bankgeschäft.

L. Schönlicht, Bankgeschäft. Poststrasse (Stadt Hamburg). Ad. und Veräu. von Wertpapieren. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.